

Niederschrift

über die 10. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Rates

am Mittwoch, **10.11.2010**, 17:38 Uhr - 18:46 Uhr,
Festsaal, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Gilbert Aldejohann, Sybille Benning, Georg Berding, Meik Bolte, Heinz Georg Buddenbäumer, Olaf Dreßen, Edgar Drüge, Wolfhard Ediger, Dr. Dietmar Erber, Gilbert Hartmann (ab TOP 2), Horst Kisnat, Rudolf Klein, Bruno Kleine Borgmann, Karl Kleine-Wilke, Marliese Kosmider, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Andreas Nicklas, Jürgen Ohm, Robert Otte, Karin Reismann, Stefan Roth, Heinz-Dieter Sellenriek, Florian Steinforth, Barbara Stober, Dieter von den Berg, Walter von Göwels, Stefan Weber, Helga Welker, Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Dr. Fritz Baur, Thomas Fastermann, Philipp Gabriel, Maria Anna Hakenes, Wolfgang Heuer, Dr. Michael Jung, Marianne Koch, Dr. jur. Thorsten Kornblum, Gabriele Kubig-Steltig, Thomas Marquardt, Kurt Pölling, Anne Schulze Wintzler, Petra Seyfferth, Wendela-Beate Vilhjalmsson, Robert von Olberg, Lars Wieneke, Holger Wigger, Maria Winkel, Karl-Heinz Winter

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Dr. Brigitte Hasenjürgen, Stephan Hense, Gisela Holtz, Gerhard Joksch, Annette Kemper, Heribert Klas, Stefan Kubel, Jutta Möllers, Jörn Möltgen, Anne Naegels, Carsten Peters, Otto Reiners, Tim Rohleder (ab TOP 5.1), Dr. Ludwig Schipmann, Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Jens-Ulrich Lenski, Carola Möllemann-Appelhoff, Dr. Karin Obst, Jürgen Reuter, Hans Varnhagen

von der Fraktion DIE LINKE.

Joachim Bruns, Raimund Köhn, Iris Toulas

von der Ratsgruppe UWG/ÖDP

Gerd Kersting, Fritz Pfau

von den Piraten

Pascal Powroznik

Vorsitz

Oberbürgermeister Markus Lewe

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Gerd Bertling, Helga Bickeböller, Klaus Frohne, Felix Graf von Plettenberg, Dr. Andrea Hanke, Dr. Wolf Heinrichs, Michaela Heuer, Dr. Andreas Hoffknecht, Jochen Köhnke, Frank Möller, Dr. Henning Müller-Tengelmann, Thomas Paal, Alfons Reinkemeier, Hartwig Schultheiß, Dr. Caroline Schwintek, Siegfried Thielen, Rainer Uetz

für die Schriftführung

Jürgen Kupferschmidt

für die Stenogrammaufnahme

Heike Krüger

Es fehlten:

Frank Baumann (CDU), Beanka Ganser (SPD), Josef Rickfelder (CDU), Sebastian Steinzen (FDP)

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 9. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Rates am 10.11.2010

Tagesordnung

- | | | |
|--|------|--|
| | 1. | Aktuelle Stunde |
| | 2. | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| <u>EF/0004/2010</u>
II | 2.1. | Verteilung des Konsolidierungsvolumens
Fragesteller: Herr von Bartenwerffer |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 4. | Anregungen gem. § 24 der Gemeindeordnung |
| <u>V/0754/2010/1</u>
<u>V/0754/2010</u>
OB | 4.1. | Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für
das Land Nordrhein-Westfalen |

- V/0542/2010
V 4.2. Anregung gem. § 24 GO NRW, Nr. 74/2010 - Erlass einer Baumschutzsatzung für die Stadt Münster
- V/0500/2010
V 4.3. Anregung §24 GO NRW Aufgabe des Spielplatzes "Pater-Kolbe-Straße" in Amelsbüren
5. Anfragen von Ratsmitgliedern
- F/0004/2010
V 5.1. Anfrage zum aktuellen Stand des Münster-Passes:
Fragesteller: Herr Köhn
- F/0005/2010
IV 5.2. Heilpädagogische Horte
Fragesteller: Herr Köhn
6. Anregungen der Bezirksvertretungen
7. Anregungen des Integrationsrates
- AIR/0003/2010
V 7.1. Monitoring des Migrationsleitbildes
- V/0744/2010
II 8. Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel in der Stadt Münster (Fünfter Zwischenbericht)
- V/0776/2010
II 9. Bericht über die Beteiligungen der Stadt Münster im Jahr 2009 (Beteiligungsbericht 2009)
10. Managementkontrakte und Managementverträge
- V/0516/2010
II 10.1. Managementkontrakt mit der Westfälische Bauindustrie GmbH Münster (WBI)
- V/0521/2010
II 10.2. Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH: Abschluss eines Managementkontraktes (MMK) für die Jahre 2011 bis 2015
- V/0061/2010
II 10.3. Managementkontrakt mit der Westfälischer Zoologischer Garten Münster GmbH
- V/0761/2010
IV 11. Einführung eines Schülertickets in Münster - Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0033/2010 "Münsters Schülerinnen und Schüler mobiler machen - Ein Schul- und Freizeitticket für Münster"
- V/0700/2010
V 12. Gewährung einer zinslosen rückzahlbaren Überbrückungsfinanzierung an die GGUA zur Zwischenfinanzierung des Projekts MAMBA
13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung
- V/0798/2010
V 13.1. Überplanmäßige Mittelbereitstellung in den Teilergebnisplänen des Sozialamtes im Haushaltsjahr 2010

- V/0841/2010
IV
- 13.2. Überplanmäßige Mittelbereitstellung im Produktbereich 06 "Kinder-, Jugend- und Familienhilfe"
14. Bauleitplanung
- 14.1. Stadtbezirk Münster-Mitte
- V/0717/2010
III
- 14.1.1. 1. Bebauungsplan Nr. 537: Bonhoefferstraße / Kappenberger Damm / Franz-Hitze-Straße / Weseler Straße / Buckstraße / Mierendorffstraße
Beschluss zur Aufstellung
2. Erlass der Veränderungssperre Nr. 101 für den Bereich Bonhoefferstraße / Kappenberger Damm / Franz-Hitze-Straße / Weseler Straße / Buckstraße / Mierendorffstraße
- 14.2. Stadtbezirk Münster-West
- V/0684/2010
III
- 14.2.1. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 318: Mecklenbeck - Fritz-Stricker-Straße / GAD-Straße
Beschluss zur Änderung
- V/0715/2010
III
- 14.2.2. Vorhabenbezogene 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe für den Bereich Waldeyerstraße / Sentruper Höhe (St.-Theresien-Kirche)
Beschluss zur Änderung
- V/0801/2010
OB
15. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und sonstigen Gremien
16. Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates (sofortige Beschlussfassung)
- A-R/0072/2010
II
- 16.1. Münster als erste Wahl - Erstwohnsitz bringt Heimvorteil
Antrag der FDP-Fraktion
- A-R/0076/2010
II
- 16.2. Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
17. Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates (Verweisung an den Hauptausschuss)
- A-R/0073/2010
II
- 17.1. Steueroptimierung und Bilanzpolitik zur Haushalts-Konsolidierung nutzen!
Antrag der SPD-Fraktion
18. Verschiedenes

Herr **Lewe** eröffnete die öffentliche Sitzung des Rates um 17.38 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte die Mitglieder des Rates, die Bezirksbürgermeisterinnen und die Bezirksbürgermeister, den Vorsitzenden des Integrationsrates, die Damen und Herren der Presse und die Zuschauerinnen und Zuschauer.

Herr **Lewe** bat, folgende Vorlagen von der Tagesordnung abzusetzen, da eine Beratung erst im Rahmen der Etatberatungen erfolgen soll:

<u>V/0500/2010</u> V	4.3.	Anregung §24 GO NRW Aufgabe des Spielplatzes "Pater-Kolbe-Straße" in Amelsbüren
<u>V/0516/2010</u> II	10.1.	Managementkontrakt mit der Westfälische Bauindustrie GmbH Münster (WBI)
<u>V/0521/2010</u> II	10.2.	Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH: Abschluss eines Managementkontraktes (MMK) für die Jahre 2011 bis 2015
<u>V/0061/2010</u> II	10.3.	Managementkontrakt mit der Westfälischer Zoologischer Garten Münster GmbH

Es erhob sich kein Widerspruch.

Somit waren die Vorlagen von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr **Lewe** bat, folgende Vorlage in die Tagesordnung aufzunehmen:

<u>V/0841/2010</u> IV	13.2.	Überplanmäßige Mittelbereitstellung im Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“
--------------------------	-------	---

Es erhob sich kein Widerspruch.

Herr **Lewe** wies auf den vorliegenden Antrag, einen neuen Punkt in die Tagesordnung zum Thema „Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts“ aufzunehmen. Diese Resolution wurde bereits vom Werksausschuss AWM beschlossen.

Es erfolgte keine Gegenrede.

Herr **Lewe** führte aus, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung als Punkt 16.2. behandelt wird.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Stunde

Es war keine Aktuelle Stunde beantragt worden.

Punkt 2 der Tagesordnung**Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner****Punkt 2.1 der Tagesordnung
EF/0004/2010****Verteilung des Konsolidierungsvolumens**

Herr **von Bartenwerffer** stellte folgende Frage:

„Vorbemerkung: Im Rahmen der Diskussion um den Haushalt 2011 unserer Stadt ist seitens der Verwaltung, aber auch seitens der Ratsfraktionen und der sie tragenden politischen Parteien immer wieder betont worden, dass die Haushaltskonsolidierung höchste Priorität hat. In den am 29.9.2010 eingebrachten Haushaltsentwurf ist folglich ein erstes 'Konsolidierungspaket' in Höhe von rd. 26,5 Mio. € eingearbeitet worden.

Vor diesem Hintergrund meine Frage: Wie verteilt sich dieses Konsolidierungsvolumen auf die Reduzierung von Ausgaben einerseits bzw. auf die Erhöhung von Einnahmen andererseits und in welchem Umfang ergibt sich bei den Einnahmeverbesserungen eine Mehrbelastung der Wirtschaft in Münster?“

Antwort der Verwaltung (**Frau Bickeböller**):

„Bei der Beantwortung Ihrer Frage möchte ich kurz auf die bisherigen Konsolidierungsprogramme der Stadt Münster eingehen. Im zurückliegenden Jahrzehnt hat die Stadt bereits vier Konsolidierungsprogramme beschlossen und umgesetzt. Das jetzt vorliegende Konsolidierungskonzept ist damit das fünfte.

In allen bisherigen Konsolidierungen hat die Stadt Münster – sowohl Rat wie auch Verwaltung – auf Steuererhöhungen verzichtet. Die letzte Erhöhung der Gewerbesteuer ist im Jahr 1995 vorgenommen worden. Seinerzeit ist der Gewerbesteuerhebesatz von 430 auf 440 Prozentpunkte angehoben worden. Die letzte Erhöhung der Grundsteuer B stammt aus dem Jahr 1997 mit einer Erhöhung von 340 auf 420 Prozentpunkte. Damit war die Stadt Münster gerade auch in Zeiten, die für die regionale wie die gesamte Wirtschaft schwierig waren, ein verlässlicher Partner und hat auf Steuererhöhungen verzichtet. Ich erinnere beispielsweise an die konjunkturell besonders schwierigen Jahre 2003 oder 2008/2009.

Lassen Sie mich die vier zurückliegenden Konsolidierungsprogramme Revue passieren. Beim Konsolidierungsprogramm 2002 – 2005 waren 50 Prozent der Konsolidierungsmaßnahmen im städtischen Personalbereich angesiedelt. Die Konsolidierung erfolgte überwiegend im städtischen Kernhaushalt, rund 10 Prozent des Konsolidierungsvolumens wurde von den städtischen Beteiligungen beigesteuert.

Beim 2. Konsolidierungsprogramm (2003 – 2006) wurden rund zwei Drittel vom städtischen Kernhaushalt und ein Drittel von den städtischen Gesellschaften übernommen. Auch hier waren zahlreiche Personalmaßnahmen mit der Konsolidierung verbunden. Das 3. Konsolidierungsprogramm (2006 – 2009) wurde vollständig vom städtischen Kernhaushalt getragen. Von den Konsolidierungsmaßnahmen waren über 25 Prozent im Personalbereich angesiedelt. Auch das 4. Konsolidierungsprogramm (2007 – 2010) war im Wesentlichen auf die Kernverwaltung beschränkt.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung das aktuelle Konsolidierungspaket erarbeitet. Die Bausteine dieses Pakets, die bereits im Haushaltsplanentwurf 2011 eingearbeitet sind, möchte ich nun gerne erläutern.

Bereits eingeplant ist ein Beitrag der städtischen Gesellschaften in Höhe von 20 Mio. Euro im Jahr 2012. Verteilt man den Ausschüttungsbetrag der städtischen Gesellschaften auf die in Rede stehenden Haushaltsjahre 2011 bis 2014, ergibt das einen jährlichen Sparbeitrag von 5 Mio. Euro.

Darüber hinaus sind im Haushaltsplanentwurf 2011 bei den einzelnen Produktbereichen der Verwaltung die Aufwendungen pauschal um 1,5 Prozent reduziert worden. Das entspricht rund 7 Mio. Euro.

Weiterhin sind – quasi als Platzhalter für die zahlreichen einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen – im Jahr 2011 5 Mio. Euro und aufsteigend bis zum Jahr 2014 8 Mio. Euro enthalten.

Neben diesen Aufwandspositionen sind auch mehrere Ertragspositionen gebildet worden. So bilden im Jahr 2011 6 Mio. Euro bzw. in den Jahren 2012 bis 2014 jeweils 10 Mio. Euro den Platzhalter für zusätzliche Erträge aus den Grundsteuern, der Hundesteuer, der Zweitwohnungssteuer und den Parkentgelten.

Schließlich wurden als Platzhalter für die geplante Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes im Jahr 2011 8,6 Mio. Euro und aufsteigend bis zum Jahr 2014 12,2 Mio. Euro in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen.

Diese vielen einzelnen Zahlen möchte ich nun zusammenführen und beispielhaft an den Jahren 2011 und 2014 darstellen. Dabei unterstelle ich, dass die Konsolidierungseffekte exakt so beschlossen werden, wie sie im Haushaltsplanentwurf 2011 aufgenommen worden sind. Selbstverständlich steht es den kommunalen Gremien frei, an allen Stellen des Konsolidierungsprogramms bzw. des Haushalts Veränderungen vorzunehmen. Solche Veränderungen sind in meiner Aufstellung jedoch nicht berücksichtigt.

Der Sparbeitrag der Verwaltung inklusive der städtischen Beteiligungen beträgt dann im Jahr 2011 insgesamt 17 Mio. Euro, die Steuererhöhungen machen 14,6 Mio. Euro aus. Im Jahr 2014 liegt der Sparbeitrag der Verwaltung bei 20 Mio. Euro, die Steuererhöhungen bei 22,2 Mio. Euro.

Diese Steuererhöhungen sind ein Zuschlag, den die Stadt von den ansässigen Unternehmen und von den Privatpersonen erheben muss, um handlungsfähig zu bleiben. Wie bereits ausgeführt, werden erstmalig im Rahmen einer Haushaltskonsolidierung seitens der Verwaltung Steuererhöhungen vorgeschlagen.

Bei der Erstellung des Konsolidierungskonzeptes stand die Verwaltung vor der Frage: Schlagen wir dem Rat der Stadt Münster Steuererhöhungen vor, oder bauen wir stadtstrukturell wichtige freiwillige Aufgaben und Projekte ab? Denn bei den finanziellen Größenordnungen, die wir im Rahmen der Konsolidierung zwingend erreichen müssen, waren das die Alternativen, die zur Wahl standen. Die Entscheidung für Steuererhöhungen hat sich die Verwaltung nicht leicht gemacht.

Denn die örtliche Wirtschaft leistet bereits heute einen sehr hohen finanziellen Beitrag zur Stabilisierung des städtischen Haushalts. Wir rechnen in diesem Jahr mit Gewerbesteuererinnahmen von rund 230 Mio. Euro bei einem Haushaltsvolumen von etwa 780 Mio. Euro. Das sind fast 30 Prozent des Haushaltsvolumens.

Dafür danke ich der Unternehmerschaft sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.“

Herr **von Bartenwerffer** bat, den Beitrag der städtischen Gesellschaften zu spezifizieren.

Frau **Bickeböller** zählte die städtischen Gesellschaften auf, die einen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes leisten sollen. Sie führte aus, dass dieser Solidarbeitrag in Höhe von 20 Mio. Euro im Jahr 2012 erbracht werden soll und von den Gesellschaften beispielsweise aus ihren Gewinnen respektive über eine Entnahme aus der Gewinnrücklage finanziert werden könne.

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr **Lewe** teilte mit, dass die Stadt Münster den Deutschen Städtebaupreis 2010 für das Projekt „Stubengasse“ erhalten habe.

Punkt 4 der Tagesordnung**Anregungen gem. § 24 der Gemeindeordnung****Punkt 4.1 der Tagesordnung
V/0754/2010/1
V/0754/2010****Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für
das Land Nordrhein-Westfalen**

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Der Rat nahm unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage zur Kenntnis:

„Folgende Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind eingegangen:

Nr./Jahr	Antragsanliegen	Entscheidungszuständigkeit (Das Anhörungs- u. Beratungsrecht weiterer Gremien bleibt unberührt.)
152/2010	... regt an, professionelle Zahnpflege für Münsterpassinhaber kostenlos anzubieten.	Verwaltung zur Vorprüfung
153/2010	... regt an, Fallobstwiesen vor den Stadthäusern I, II und III anzulegen.	Verwaltung zur Vorprüfung
154/2010	... regt an, dass die Straße Coerder Liekweg 75 bis 81 von der Kreuzung Zum Heidehof bis zur Coermühle auch für Motorräder gesperrt wird.	Verwaltung
155/2010	... regt an, Münster durch die Eingemeindung der sog. Speckgürtel-gemeinden/Städte zu erweitern.	Verwaltung zur Vorprüfung
156/2010	Der Treffpunkt Waldsiedlung e. V. beantragt, ab dem 01.01.2011 die professionelle Unterstützung der Integrationsarbeit in Angelmodde Waldsiedlung mit 20.000 € jährlich für 2 Jahre zu finanzieren.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011
157/2010	Verschiedene Träger der freien Jugendhilfe beantragen die Verstetigung der präventiven Projekte 'Familien stärken - Eltern im Fokus präventiver Angebote' über den 31.07.2011 hinaus.	Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien
158/2010	Die Bürgerinitiative 'Grüne Lunge Salzmannstraße' regt an, den Grünzug zwischen Wienburgstraße, Salzmannstraße und Marientalwäldchen in seiner zusammenhängenden Struktur zu erhalten.	Rat
159/2010	... regt an, eine Bademöglichkeit für die Dickhäuter des Zoo's im Aasee zu ermöglichen.	Verwaltung zur Vorprüfung

160/2010	... beantragt die Sperrung der Durchfahrt Borkenfeld/Ramertsweg für Pkw (ggf. Schranke für Rettungsfahrzeuge).	Bezirksvertretung Münster-West
161/2010	... regt an, die Deckungskonzepte für Sach- und Haftpflichtversicherungen der Wohn- und Stadtbau bei der Provinzial Münster einzukaufen.	Verwaltung zur Vorprüfung
162/2010	... regt an, das beschädigte Kruzifix im Küchenbusch zu restaurieren.	Verwaltung zur Vorprüfung
163/2010	... regt an, eine Gulaschkanone vor dem Stadthaus 2 für ALG II-Empfänger aufzustellen und Portionen für einen kleinen Betrag auszugeben.	Verwaltung zur Vorprüfung
164/2010	... regt an, die Kanalbrücke an der Gittruper Straße im Rahmen des Ausbaus des Dortmund-Ems-Kanals als zweispurige Brücke auszubauen.	Verwaltung zur Vorprüfung
165/2010	... regt an, auf dem Grundstück des ehemaligen Lindenhofs eine Minigolf-Anlage zu errichten.	Verwaltung zur Vorprüfung
166/2010	... regt an, die Kreuzung Schiffahrter Damm/Heessenweg zu entschärfen und einen Kreisverkehr anzulegen.	Verwaltung zur Vorprüfung
167/2010	... wendet sich gegen das geplante Einkaufszentrum im Hafen-viertel/Hansaring.	Verwaltung zur Vorprüfung
168/2010	Die Schulleiterin der Geschwister-Scholl-Realschule beantragt die Einrichtung einer halben Planstelle für eine Sozialpädagogin an der Realschule.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011
169/2010	Die Initiative 'Mehr Lebensqualität für das Hansa- und Hafenviertel' wendet sich mit zahlreichen Unterzeichnern gegen das geplante Einkaufszentrum im Hafenviertel/Hansaring.	Verwaltung zur Vorprüfung
171/2010	Das Kammertheater Der Kleine Bühnenboden bittet um Erhöhung des städtischen Beitrages auf 28.698,68 Euro im Jahr 2011.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011
172/2010	Eltern von Schüler/innen der Albert-Schweitzer-Schule und der Verein SeHT Münster sprechen sich gegen eine Kürzung aus dem Förderbudget und der Richtlinienförderung für den Offenen Ganzttag im Primarbereich aus.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011

173/2010	... regt an, am Modersohnweg am Aasee einen Hochzeitswald anzulegen.	Verwaltung zur Vorprüfung
174/2010	Die TelefonSeelsorge Münster bittet um Unterstützung bei der Mittelbeschaffung in Höhe von ca. 40.000 Euro für die Erneuerung der Computeranlage.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011
176/2010	Das Umweltforum beantragt, dass zusätzliche Standorte für die Nutzung von Windenergie in Münster ermittelt und der Bezirksregierung Münster zur Aufnahme in den Regionalplan vorgeschlagen werden.	Verwaltung zur Vorprüfung
177/2010	Der NABU Münster beantragt einen Zuschuss zum Projekt Streuobstwiesenschutz für das Jahr 2011 in Höhe von 25.000 Euro.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011
180/2010	... beantragt, im Bereich des Offenen Ganztages keine finanziellen Kürzungen vorzunehmen.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011
181/2010	... regt an, die Fahrradspuren an der Promenadenunterführung (Mauritzstraße) zu verbreitern.	Verwaltung zur Vorprüfung
183/2010	... regt an, auf dem Bürgersteig der Pferdegasse einen Radweg anzulegen.	Verwaltung zur Vorprüfung
184/2010	... regt an, in den Nischen der Lambertikirche Sitzgelegenheiten zu schaffen.	Verwaltung zur Vorprüfung
185/2010	... regt an, die Diagonalquerung über den Domplatz durch den Einbau von Magnum Pflaster abzusichern (ausgewaschenes Pflaster, vertiefte Fugen).	Verwaltung zur Vorprüfung
186/2010	... regt an, die Buslinie 11 im 5-Minutentakt und die Linie 22 zusätzlich sonntags fahren zu lassen.	Verwaltung zur Vorprüfung
187/2010	... regt an, an der BAB 1 in Höhe Haus Rüscha eine ca. 2 km lange Schallschutzwand anzubringen.	Verwaltung zur Vorprüfung
188/2010	... regt an, auf der Promenade alle 115 m eine Bank aufzustellen.	Hauptausschuss
189/2010	... regt an, neben den Bänken in der Promenade Hundeklos einzurichten.	Verwaltung
190/2010	... regt an, vor dem Stadthaus 2 125 Fahrradständer zu installieren.	Verwaltung
191/2010	... regt die organisatorische Vorbereitung für den Event 'Diwalifest am Aasee' an.	Verwaltung

192/2010	... regt an, dem Boulevard-Theater einen Zuschuss von 50.000 Euro zukommen zu lassen und den Zuschuss für die Städtischen Bühnen um diesen Betrag zu kürzen.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011
193/2010	... (ADFC Münster) beantragt, den Zweirichtungsradweg 'Am Max-Klemens-Kanal' zwischen Grevener Straße und Stadtgrenze so herzustellen, dass die Einhaltung der Vorgaben zur Radwegbenutzungspflicht und ihrer Ausführungsbestimmungen gewährleistet ist.	Verwaltung zur Vorprüfung
194/2010	... (ADFC Münster) beantragt, die 'Schmale Straße' für den Radverkehr in Gegenrichtung freizugeben.	Verwaltung
195/2010	... regt an, die Bushaltestelle 'Am Rüschaus' auf der Prioritätenliste für den Ausbau von Haltestellen vorrangig zu behandeln und auszubauen.	Verwaltung zur Vorprüfung
196/2010	Der Zoo-Verein sowie 11.007 Unterzeichner regen an, dass die Stadt Münster mit Unterstützung durch den Zoo-Verein und die Bürgerinnen und Bürger in Münster den Umbau des Elefantensparks im Allwetterzoo finanziert.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011
197/2010	Der Verkehrsclub Deutschland (Regionalverband Münster) regt an, an Münsteraner Schulen im zweiten Tangentenring sowie am Wilhelm-Hittorf-Gymnasium eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Lehrkräfte, die die vom Schulträger zur Verfügung gestellten Parkplätze nutzen, sollen eine Parkgebühr leisten.	Verwaltung zur Vorprüfung

Die Anregung Nr. 160/2010 wurde sowohl an den Rat als auch an die Bezirksvertretung Münster-West gerichtet und wurde den Mitgliedern der Bezirksvertretung bereits in der Sitzung am 04.11.2010 bekannt gegeben.

Die Anregungen Nr. 180 und 181/2010 wurden sowohl an den Rat als auch an die Bezirksvertretung Münster-Mitte gerichtet und wurden den Mitgliedern der Bezirksvertretung bereits in der Sitzung am 02.11.2010 bekannt gegeben.

Des Weiteren sind folgende Anregungen und Sparvorschläge zum Haushalt bzw. Konsolidierungsprogramm der Stadt Münster eingegangen:

Nr./Jahr	Antragsanliegen	Entscheidungszuständigkeit (Das Anhörungs- u. Beratungsrecht weiterer Gremien bleibt unberührt.)
K-059-2010	Es wird vorgeschlagen, statt des Neubaus eines Radweges an der Gartenstraße den vorhandenen Radweg in beide Fahrtrichtungen freizugeben.	Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
K-060-2010	Es wird vorgeschlagen, den Naturrasenplatz gegenüber der Mosaik-Schule in Gievenbeck nur noch an Tagen zu bewässern, an denen es wetterbedingt erforderlich ist.	Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen
K-061-2010	Es wird vorgeschlagen, für die Fahrradboxen am Park and Ride Parkplatz an der Weseler Straße eine Nutzungsgebühr zu erheben.	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
K-062-2010	Es wird vorgeschlagen, dass die für die heutige Haushaltssituation Verantwortlichen der Vergangenheit einen Teil ihres Privatvermögens zur Konsolidierung beisteuern und materiell Reiche freiwillig für das Gemeinwesen spenden.	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
K-063-2010	Es wird vorgeschlagen, für die Benutzung von Streusalz während des Winterdienstes ein Bußgeld zu erheben.	Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung
K-064-2010	Es wird vorgeschlagen, analog zum früheren 'Kohlepfennig' einen 'Stromcent' einzuführen.	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

Folgende weitere Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind eingegangen:

Nr./Jahr	Antragsanliegen	Entscheidungszuständigkeit (Das Anhörungs- u. Beratungsrecht weiterer Gremien bleibt unberührt.)
199/2010	Herr Enning beantragt, die Lärmbelästigung durch die Schullautsprecher des Ludwig-Erhard-Berufskollegs zu unterbinden. Darüber hinaus regt er die Verkehrsberuhigung der Oberschlesier Straße an, um den Parksuchverkehr und die Einschränkungen durch parkende PKW während der Schulzeiten einzudämmen.	Verwaltung zur Vorprüfung
200/2010	Die Dt. Multiple Sklerose Gesellschaft beantragt für das Jahr 2011 einen Personalkostenzuschuss in Höhe von 20.000 Euro.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011

201/2010	Herr Bültemeyer regt an, die Aufwandsentschädigung für die Ratsarbeit um gut die Hälfte zu reduzieren.	Verwaltung zur Vorprüfung
202/2010	Herr Prof. Nagels regt an, Einschränkungen der Öffnungszeiten in Szenen-Discos vorzunehmen, sofern verwaltungsrechtlich die Pflicht besteht.	Verwaltung
203/2010	Das Bürgerforum Wolbeck, der Förderkreis Drostenhof sowie 1150 Unterzeichner sprechen sich für den Erhalt des Westpreußischen Landesmuseums in Wolbeck aus.	Verwaltung zur Vorprüfung
204/2010	Herr Dr. Drücke beantragt, dass die Paul-Wulff-Skulptur am Servatiiplatz bei Dunkelheit beleuchtet wird.	Verwaltung
205/2010	Die NABU Naturschutzstation Münsterland beantragt für verschiedene Naturschutzprojekte einen Zuschuss in der Höhe von insgesamt 59.990,58 Euro.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2011
206/2010	Herr Bültemeyer beantragt, den ersten Blumenstand auf dem Wochenmarkt (Michaelisplatz, gegenüber der Bezirksregierung) zu verlegen.	Verwaltung

Die Anregung Nr. 204/2010 wurde sowohl an den Rat als auch an die Bezirksvertretung Münster-Mitte und wird den Mitgliedern der Bezirksvertretung in der Sitzung am 30.11.2010 bekannt gegeben.“

**Punkt 4.2 der Tagesordnung
V/0542/2010**

**Anregung gem. § 24 GO NRW, Nr. 74/2010 - Erlass
einer Baumschutzsatzung für die Stadt Münster**

Herr **Peters** beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

„Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung führt ein öffentliches Hearing zur Frage der Einführung einer Baumschutzsatzung durch. Hierbei werden die rechtlichen und fachlichen Grenzen und Möglichkeiten (Baurecht, Kosten- Nutzen-Verhältnis u.a.) einer Baumschutzsatzung vorgestellt und diskutiert. Die Ergebnisse werden dem Rat und Fachgremien vorgestellt.
2. Die Umweltschutzverbände (NABU, BUND, Umweltforum u.a.) sowie die Landwirtschafts- und Kleingartenverbände sind einzubeziehen und Erfahrungen aus anderen Städten vergleichbarer Größenordnung zu berücksichtigen.“

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde einstimmig angenommen.

Somit beschloss der Rat:

„Sachentscheidung

1. Die Verwaltung führt ein öffentliches Hearing zur Frage der Einführung einer Baumschutzsatzung durch. Hierbei werden die rechtlichen und fachlichen Grenzen und Möglichkeiten (Baurecht, Kosten- Nutzen-Verhältnis u.a.) einer Baumschutzsatzung vorgestellt und diskutiert. Die Ergebnisse werden dem Rat und Fachgremien vorgestellt.
2. Die Umweltschutzverbände (NABU, BUND, Umweltforum u.a.) sowie die Landwirtschafts- und Kleingartenverbände sind einzubeziehen und Erfahrungen aus anderen Städten vergleichbarer Größenordnung zu berücksichtigen.“

**Punkt 4.3 der Tagesordnung
V/0500/2010**

**Anregung §24 GO NRW Aufgabe des Spielplatzes
"Pater-Kolbe-Straße" in Amelsbüren**

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Anfragen von Ratsmitgliedern

**Punkt 5.1 der Tagesordnung
F/0004/2010**

Anfrage zum aktuellen Stand des Münster-Passes:

Herr **Köhn** bat für die Fraktion DIE LINKE. um die Beantwortung nachstehender Fragen, Herr **Paal** antwortete:

- „1. Wurden mittlerweile an alle Bezugsberechtigten die Münster-Pässe barrierefrei verschickt?

Die Münster-Pässe wurden Ende August an alle Personen versandt (Einzelversand mit kuvertiertem Brief für jede Person), die zu Beginn des Monats Juli 2010 Leistungen zum Lebensunterhalt von der Arbeitsgemeinschaft Münster oder vom Sozialamt erhielten. Im Zeitpunkt des Versands leistungsberechtigte Personen, die keinen Münster-Pass erhalten haben, erhielten den Münster-Pass (auch für berechnigte Familienmitglieder) gegen Vorlage ihres aktuellen Bewilligungsbescheids im Kundenzentrum des Sozialamts ausgehändigt. In Einzelfällen hat das Sozialamt den Münster-Pass auch nachträglich versandt (u. a. an Bezugsberechtigte mit Mobilitätseinschränkung und bei Postrückläufen wegen fehlerhafter oder unvollständiger Anschrift). Personen, die nach dem Versand leistungsberechtigt wurden, erhielten den Münster-Pass (auch für berechnigte Familienmitglieder) von ihrem Sachbearbeiter bzw. ihrer Sachbearbeiterin in der Arbeitsgemeinschaft bzw. im Sozialamt ausgehändigt. Personen, die in Münster wohnen und Leistungen zum Lebensunterhalt von einem anderen Sozialleistungsträger erhalten, bekommen den Münster-Pass gegen Vorlage des aktuellen Bewilligungsbescheids im Kundenzentrum des Sozialamts ausgehändigt; das Sozialamt hat den Münster-Pass diesen Berechnigten im Einzelfall ebenfalls mit der Post zugestellt.

2. Wurde der Ratsbeschluss vom 07. Juli 2010, auch die Bädertarife um mindestens 50 % zu ermäßigen, umgesetzt und wenn ja, ab wann und mit welchen Ermäßigungen?

Die Verwaltung wird dem Rat mit Vorlage V/0733/2010 zum 08.12.2010 vorschlagen, über die bestehenden Vergünstigungen von 50 % für Kinder, Jugendliche, Studierende, Wehr-

und Zivildienstleistende, für Auszubildende unter 27 Jahren und Menschen mit Behinderungen hinaus Inhaberinnen und Inhaber des Münster-Passes ab 01.01.2011 einen um 50 % ermäßigten Eintritt in die städtischen Bäder zu ermöglichen. Eine Addition von Ermäßigungen ist jedoch nicht vorgesehen; für Kinder und Jugendliche mit Münster-Pass soll es daher bei der Ermäßigung von 50 % gegenüber dem regulären Erwachsenentarif bleiben. Weitere Einzelheiten werden sich aus der Vorlage ergeben.

3. Wie viele Abos haben die Stadtwerke in den vergangenen zwei Monaten verkauft und wie viele dieser Münster-Pass-Abo-Kunden sind Neukunden?

Im September 2010 wurden bei mobilé 2.110 Münster-Pass-Abos verkauft, davon waren 59,33 % Neukunden. Im Oktober wurden insgesamt 2.528 Abos verkauft, von denen waren 1.515 Neukunden (59,92 %).

4. Haben sich die Umsätze der Stadtwerke beim Bus-Ticket-Verkauf erhöht oder vermindert und in welchem Umfang?

Die Umsätze der Stadtwerke beim Bus-Ticket-Verkauf haben sich um die Zahl der Neukunden erhöht. Eine genaue Bilanzierung findet nach Abschluss des ersten Jahres Münster-Pass im 4. Quartal 2011 statt.“

**Punkt 5.2 der Tagesordnung
F/0005/2010**

Heilpädagogische Horte

Frau **Toulas** bat für die Fraktion DIE LINKE. um die Beantwortung nachstehender Fragen.

Frage:

„Ist es richtig, dass die Fallzahlen der vermittelten Fälle im Bereich heilpädagogische Horte und/oder heilpädagogische Tagesgruppen rückläufig sind?“

Wenn ja:

- 1.) Seit wann ist dies der Fall?
- 2.) Wie haben sich die Zahlen in den letzten zwei Jahren entwickelt?
- 3.) Welche Ursachen können hierfür benannt werden?“

Antwort der Verwaltung (Frau **Dr. Hanke**):

„Bei der Belegung gibt es einrichtungsbezogen erhebliche Unterschiede. Daher beziehe ich mich auf den stadtweiten Durchschnittswert. So sind monatlich ca. 3 Plätze vakant, die bei nicht Inanspruchnahme zu erheblichen Kosten für die Stadt Münster führen. Dies ist aus Sicht des städtischen Haushalts zu vermeiden. Daher soll der bereits seit längerem erfolgte Ausbau ambulanter Hilfen fortgesetzt werden, Plätze im teilstationären Bereich sollen abgebaut und die verbleibenden Plätze inhaltlich neu ausgerichtet werden.“

Frage:

„Ist es richtig, dass Fachgespräche zwischen Jugendamt und Trägern der Horte und Tagesgruppen stattfinden?“

Wenn ja:

- 1.) Welchem Zweck dienen diese Gespräche?
- 2.) Liegen hierfür Ergebnisse aus Qualitätsgesprächen und/oder Evaluationsberichten aus diesem Bereich vor?
- 3.) Wann wird die Politik an diesem Prozess beteiligt?
- 4.) Liegt dem Vorschlag der Verwaltung zur Einsparung in diesem Bereich ein Konzept zu Grunde?“

Antwort der Verwaltung (Frau **Dr. Hanke**):

„Durch Einführung und Ausbau der Offenen Ganztagschule hat sich die Betreuungssituation von Kindern im Nachmittagsbereich erheblich verändert. Zunehmend mehr Eltern nutzen diese Form der Betreuung nach dem Schulunterricht, um ihre Kinder versorgt und gefördert zu wissen. Dadurch verändern sich auch die Anforderungen an die außerschulischen Hilfs- und Unterstützungsangebote der Jugendhilfe und machen eine Neuausrichtung und Umstrukturierung der teilstationären Angebote erforderlich.

Zu diesem Zweck ist frühzeitig mit den beteiligten Trägern (Kinderheim St. Mauritz, Diakonisches Werk, Beratungsstelle Südviertel, Caritasverband) Kontakt aufgenommen worden. Die Absicht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien, gemeinsam neue Konzepte für den teilstationären Bereich zu erarbeiten, ist von allen Beteiligten begrüßt und offen entgegen genommen worden.

Den anstehenden Gesprächen liegen neben den bereits erwähnten Erfordernissen aus einer sich verändernden Betreuungssituation von Kindern im Nachmittagsbereich kontinuierlich fortgeschriebene Controllingergebnisse sowie Erfahrungsabfragen bei der Bezirkssozialarbeit zugrunde. Daraus ergeben sich von Seiten des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien Eckpunkte für ein zukünftiges Konzept, die u. a. eine engere Verzahnung zwischen Jugendhilfe und ausgewählten Schulstandorten, eine systematische Vernetzung im Sozialraum sowie eine methodisch veränderte Elternarbeit vorsehen. Bewusst wurde im Vorfeld auf eine konkret Ausgestaltung des Konzepts verzichtet, da dies kooperativ mit den betroffenen Trägern entwickelt werden soll.

Geplant ist, den zuständigen parlamentarischen Gremien eine entsprechende Vorlage voraussichtlich im II. Quartal vorzulegen.“

Frau **Hakenes** bat um Übersendung der Antworten. Herr **Lewe** sagte eine Zusendung per E-Mail zu.

Punkt 6 der Tagesordnung

Anregungen der Bezirksvertretungen

Es lagen keine Anregungen der Bezirksvertretungen vor.

Punkt 7 der Tagesordnung**Anregungen des Integrationsrates****Punkt 7.1 der Tagesordnung
AIR/0003/2010****Monitoring des Migrationsleitbildes**

Es lag folgende Anregung des Integrationsrates an den Rat vor:

„Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 02.11.2010 folgende Anregung an den Rat einstimmig beschlossen:

‘In zahlreichen Ausschüssen ist nach der Beratung der Vorlage V/0543/2010 vom 27.08.2010 (Aktueller Stand zur Umsetzung des Migrationsleitbildes) im Protokoll festgehalten worden, dass in Zukunft regelmäßig über die Weiterentwicklung des Migrationsleitbildes in den unterschiedlichen Handlungsfeldern berichtet werden soll. Der Rat sollte diese Willensbekundungen aufgreifen.

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat zu beschließen:

1. Spätestens zwei Jahre nach dem letzten Bericht zur Umsetzung des Migrationsleitbildes (Vorlage V/0543/2010 vom 27.08.2010) legt die Stadtverwaltung einen detaillierten Monitoringbericht zur Entwicklung der einzelnen Handlungsfelder des Migrationsleitbildes vor. Über die Entwicklung des Migrationsleitbildes wird danach jährlich durch die Fortschreibung des Monitoringberichts berichtet.
2. Alle Fachstellen und Einrichtungen berichten jährlich darüber, wie (quantitativ und qualitativ) das Migrationsleitbild in ihrem Bereich ein Stück weiter umgesetzt wurde.“

Herr **Lewe** schlug vor, die Anregung an den Hauptausschuss zu verweisen.

Gegen den Vorschlag erhob sich kein Widerspruch. Somit wurde die Anregung an den Hauptausschuss verwiesen.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0744/2010****Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der
Fördermittel in der Stadt Münster (Fünfter
Zwischenbericht)**

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Der Rat nimmt den fünften Zwischenbericht zur Inanspruchnahme der Fördermittel aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz zur Kenntnis.
2. Die Maßnahme ‘Sonnenschutz 37 Grad, Hilstrup’ (Ifd. Nr. 21 der Anlage 1) wird nicht mehr über Fördermittel aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz finanziert. Die nicht mehr benötigten Fördermittel werden für Mehraufwendungen bei der Maßnahme ‘Pötterhoekschule / Erich Kästner-Schule’ (Ifd. Nr. 26.6 der Anlage 1) verwendet.
3. Der Rat stimmt den Änderungen bzw. der Durchführung der folgenden Maßnahmen zu:
 - a) Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium (Ifd. Nr. 40.23)
 - b) Gottfried-von-Cappenberg-Schule (Ifd. Nr. 40.47)
 - c) Immanuel-Kant-Gymnasium (Ifd. Nr. 40.55)
 - d) Wilhelm-Hittorf-Gymnasium (Ifd. Nr. 40.56)

e) Schulzentrum Wolbeck (lfd. Nr. 40.57).

4. Die Verwaltung wird ermächtigt, bei weiteren Einsparungen, die gegebenenfalls noch bis Ende 2010 auftreten, kurzfristig Maßnahmen in das Konjunkturpaket II aufzunehmen und noch im Jahr 2010 zu beginnen. Die Verwaltung wird hierüber mit der nächsten Berichtsvorlage zum Zukunftsinvestitionsgesetz informieren.

II. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung wird innerhalb des gesamten zur Verfügung stehenden Budgets für das Konjunkturpaket II finanziert.“

Punkt 9 der Tagesordnung V/0776/2010	Bericht über die Beteiligungen der Stadt Münster im Jahr 2009 (Beteiligungsbericht 2009)
---	---

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung	Managementkontrakte und Managementverträge
----------------------------------	---

Punkt 10.1 der Tagesordnung V/0516/2010	Managementkontrakt mit der Westfälische Bauindustrie GmbH Münster (WBI)
--	--

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 10.2 der Tagesordnung V/0521/2010	Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH: Abschluss eines Managementkontraktes (MMK) für die Jahre 2011 bis 2015
--	--

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 10.3 der Tagesordnung V/0061/2010	Managementkontrakt mit der Westfälischer Zoologischer Garten Münster GmbH
--	--

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0761/2010**

**Einführung eines Schülertickets in Münster -
Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-
R/0033/2010 "Münsters Schülerinnen und Schüler
mobiler machen - Ein Schul- und Freizeitticket für
Münster"**

Folgender abweichender Beschlussvorschlag des Ausschusses für Schule und Weiterbildung lag vor:

„Ausschuss für Schule und Weiterbildung

09.11.2010

Die Vorlage wurde in folgender geänderter Form beschlossen:

Beschlusstext:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der Einführung eines neuen Schülertickets (Arbeitstitel) als neuem Tarifprodukt innerhalb des Münsterlandtarifes für in Münster beschulte Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II sowie der Vollzeitlehrgänge der Berufskollegs zum 01.02.2011 zu.
2. Für das neue Schülerticket wird gem. § 97 Abs. 3 Schulgesetz für die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler ein monatlicher Eigenanteil festgesetzt. Dieser beträgt

- für volljährige Schülerinnen und Schüler	9,90 €
- für das erste minderjährige Kind	9,90 €,
- für das zweite minderjährige Kind	5,00 €.

Der Eigenanteil entfällt für das dritte und jedes weitere minderjährige anspruchsberechtigte Kind einer Familie. Das Schülerticket wird in den Leistungskatalog des MünsterPasses aufgenommen und ersetzt dort das bisherige 'Funabo' das mit Einführung des Schülertickets ab 1.2.2011 aus dem Leistungsumfang des MünsterPasses gestrichen wird. Kinder aus Familien, die nach § 97 Abs. 3 SchulG anspruchsberechtigt sind und den MünsterPass besitzen, erhalten die entsprechende Rabattierung auf den Preis von 9,90 bzw. 5,00 €. Kinder aus Familien, die nicht anspruchsberechtigt sind und den MünsterPass besitzen, erhalten die entsprechende Rabattierung auf den normalen Verkaufspreis des Schülertickets.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der im § 97 Abs. 3 Schulgesetz festgesetzten Höchstgrenzen im Benehmen mit den Verkehrsunternehmen den Eigenanteil anzupassen.
4. Der Rat der Stadt Münster stimmt ferner der Einführung des neuen Schülertickets für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II der städtischen Schulen sowie für die Schülerinnen und Schüler der Vollzeitlehrgänge der städtischen Berufskollegs zum 01.02.2011 zu.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Einführung und Umsetzung des neuen Schülertickets mit der Stadtwerke Münster GmbH, dem Regionalverkehr Münsterland und der Westfalenbus GmbH eine gemeinsame vertragliche Regelung zu treffen.

6. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass der Erwerb eines Schülertickets und die damit verbundene Zahlung eines Eigenanteils für anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis erfolgen. Gemäß § 12 Abs. 4 der Schülerfahrkostenverordnung (SchfkVO) stellt das Schülerticket die für den Schulträger wirtschaftlichste Beförderungsart dar, sodass im Falle der Ablehnung des Schülertickets durch anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler gem. § 13 Abs. 5 SchfkVO jegliche Erstattung von Fahrkosten durch den Schulträger gegenüber dem Anspruchsberechtigten entfällt.
7. Der Ratsantrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0033/2010 'Münsters Schülerinnen und Schüler mobiler machen - Ein Schul- und Freizeitticket für Münster' (s. Anlage 1) ist erledigt.

Finanzierung

Die Finanzierung ist durch die im Haushalt veranschlagten Mittel, die für den Erwerb von Schulwegtickets für berechtigte Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II sowie für die der Vollzeitlehrgänge der städtischen Berufskollegs zur Verfügung stehen, gewährleistet.

Stellungnahme zu den abweichenden Beschlüssen

Nach der Beschlusslage des Rates zum Münster-Pass werden für den ÖPNV Vergünstigungen von i. d. R. 50 % eingeräumt.

Durch den Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion ergeben sich voraussichtlich folgende Mehrkosten / Einnahmeausfälle nach Hochrechnung der hier bekannten Daten (Hinweis: Bei den Nichtfahrkartenberechtigten wurde die Anzahl der derzeitigen Abonnenten von Jahres-Abo bzw. Monatskarten zugrunde gelegt):

Personenkreis	Bereich	Ermäßigung	Anz.	Summe
gesamt	Fahrkartenberechtigte aller Schulen *)	Von 9,90 € auf 5,00 €	1.544	90.782,20 €
gesamt	Nicht Fahrkartenberechtigte	Von 19,90 € auf 10,00 €	173	20.552,40 €
insgesamt			1.717	111.339,60 €

*) Bei der Berechnung wurden sowohl die Schüler/innen der städtischen wie der nichtstädtischen Schulen berücksichtigt

Da derzeit nicht ermittelt werden kann, bei wie vielen Kindern durch die noch weitergehende Ermäßigung als Zweit- oder Dritt-Kind weitere Eigenanteile entfallen und nicht ermittelbar ist, in welchem Umfang aufgrund des attraktiven Preises die Anzahl der Nichtfahrkartenberechtigten noch steigt, ist vermutlich mit noch höheren Einnahmeausfällen als die hochgerechneten ca. 111.500,- € aufgrund der Münster-Pass-Regelung zu rechnen.

Bei einer nicht als unrealistisch anzusehenden Verdoppelung der Abonnenten bei den Nichtberechtigten erhöhen sich die Ermäßigungen um weitere ca. 40.000,- € auf ca. 150.000,- €.

Bei der Hochrechnung der Schülerzahlen wurden die Münster-Pass-Inhaber entsprechend dem Geschäftsbericht des Sozialamtes von 2009 berücksichtigt.“

Herr **Weber** beantragte, Punkt 3 der Vorlage zu streichen.

Herr **Dr. Jung** bat, über die Vorlage in der Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung abzustimmen.

Frau **Dr. Obst** bat, über die Punkte 2 und 3 der Vorlage getrennt abzustimmen.

Frau **Dr. Hanke** bat, wenn über die Vorlage in der Fassung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung abgestimmt wird, folgenden Passus einzufügen:

„Für Kinder, die Anspruch auf Übernahme der Schülerfahrkosten haben und die laufende Leistungen nach dem SGB XII erhalten, entfällt der Eigenanteil.“

Nach kurzer Diskussion stellte Herr **Lewe** den Antrag, Punkt 3 der Vorlage zu streichen, zur Abstimmung.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (OB, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, DIE LINKE., UWG/ÖDP) bei einer Gegenstimme (Herr Powroznik) angenommen.

Im Anschluss stellte Herr **Lewe** Punkt 2 der Vorlage in der Fassung der Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und unter Berücksichtigung der von Frau Dr. Hanke vorgeschlagenen Ergänzung zur Abstimmung.

Punkt 2 wurde in der Fassung der Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter Berücksichtigung der von Frau Dr. Hanke vorgeschlagenen Ergänzung mit Mehrheit (OB, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE., UWG/ÖDP, Herr Powroznik) bei Gegenstimmen (FDP) angenommen.

Abschließend stellte Herr **Lewe** die Vorlage unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Der Rat beschloss unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen einstimmig bei Stimmenthaltungen (FDP):

„Sachentscheidung

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der Einführung eines neuen Schülertickets (Arbeitstitel) als neuem Tarifprodukt innerhalb des Münsterlandtarifes für in Münster beschulte Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II sowie der Vollzeitlehrgänge der Berufskollegs zum 01.02.2011 zu.
2. Für das neue Schülerticket wird gem. § 97 Abs. 3 Schulgesetz für die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler ein monatlicher Eigenanteil festgesetzt. Dieser beträgt

- für volljährige Schülerinnen und Schüler	9,90 €
- für das erste minderjährige Kind	9,90 €,
- für das zweite minderjährige Kind	5,00 €.

Der Eigenanteil entfällt für das dritte und jedes weitere minderjährige anspruchsberechtigte Kind einer Familie. Das Schülerticket wird in den Leistungskatalog des MünsterPasses aufgenommen und ersetzt dort das bisherige 'Funabo' das mit Einführung des Schülertickets ab 1.2.2011 aus dem Leistungsumfang des MünsterPasses gestrichen wird. Kinder aus Familien, die nach § 97 Abs. 3 SchulG anspruchsberechtigt sind und den MünsterPass besitzen, erhalten die entsprechende Rabattierung auf den Preis von 9,90 bzw. 5,00 €. Kinder aus Familien, die nicht anspruchsberechtigt sind und den MünsterPass besitzen, erhalten die entsprechende Rabattierung auf den normalen

Verkaufspreis des Schülertickets. Für Kinder, die Anspruch auf Übernahme der Schülerfahrkosten haben und die laufende Leistungen nach dem SGB XII erhalten, entfällt der Eigenanteil.

4. Der Rat der Stadt Münster stimmt ferner der Einführung des neuen Schülertickets für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II der städtischen Schulen sowie für die Schülerinnen und Schüler der Vollzeitlehrgänge der städtischen Berufskollegs zum 01.02.2011 zu.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Einführung und Umsetzung des neuen Schülertickets mit der Stadtwerke Münster GmbH, dem Regionalverkehr Münsterland und der Westfalenbus GmbH eine gemeinsame vertragliche Regelung zu treffen.
6. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass der Erwerb eines Schülertickets und die damit verbundene Zahlung eines Eigenanteils für anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis erfolgen. Gemäß § 12 Abs. 4 der Schülerfahrkostenverordnung (SchfkVO) stellt das Schülerticket die für den Schulträger wirtschaftlichste Beförderungsart dar, sodass im Falle der Ablehnung des Schülertickets durch anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler gem. § 13 Abs. 5 SchfkVO jegliche Erstattung von Fahrkosten durch den Schulträger gegenüber dem Anspruchsberechtigten entfällt.
7. Der Ratsantrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0033/2010 'Münsters Schülerinnen und Schüler mobiler machen - Ein Schul- und Freizeitticket für Münster' (s. Anlage 1) ist erledigt.

Finanzierung

Die Finanzierung ist durch die im Haushalt veranschlagten Mittel, die für den Erwerb von Schulwegtickets für berechnigte Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II sowie für die der Vollzeitlehrgänge der städtischen Berufskollegs zur Verfügung stehen, gewährleistet.“

Punkt 12 der Tagesordnung V/0700/2010

Gewährung einer zinslosen rückzahlbaren Überbrückungsfinanzierung an die GGUA zur Zwischenfinanzierung des Projekts MAMBA

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Der Gewährung einer zinslosen, bis spätestens zum 01.04.2011 rückzahlbaren Überbrückungsfinanzierung von 100.000 € an die GGUA zur Zwischenfinanzierung des Projekts MAMBA wird zugestimmt. Sie wird nicht gewährt, sofern das Erfordernis einer Zwischenfinanzierung aufgrund einer bis zum 12.11.2010 geleisteten (in der Begründung näher erläuterten) Abschlagszahlung entfallen ist.

II. Finanzielle Auswirkungen

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2010	100.000	
	03	Sonstige Transfererträge	2011	100.000	

Den zur Finanzierung erforderlichen überplanmäßigen Aufwendungen in 2010 wird nach § 83 GO zugestimmt. Deckung: Minderaufwendungen in der Produktgruppe 1601, 'Allgemeine Finanzwirtschaft' Zeile 20, 'Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen'.

Punkt 13 der Tagesordnung	Überplanmäßige Mittelbereitstellung
----------------------------------	--

Punkt 13.1 der Tagesordnung V/0798/2010	Überplanmäßige Mittelbereitstellung in den Teilergebnisplänen des Sozialamtes im Haushalts- jahr 2010
--	--

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Auf Grund der Ausgabeentwicklung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (Kommunaler Anteil) wird der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 1.320.000 € in der Produktgruppe 0501 'Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Kommunaler Anteil)' gem. § 83 GO NRW zugestimmt.
2. Für den Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung innerhalb und außerhalb von Einrichtungen nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch wird der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 1.577.000 € in der Produktgruppe 0502 'Sicherung des Lebensunterhalts (ohne SGB II)' gem. § 83 GO NRW zugestimmt.
3. Entsprechend des tatsächlichen Mittelabflusses im Bereich der Beratung und Leistung bei Pflegebedürftigkeit nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch wird der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 1.284.000 € in der Produktgruppe 0503 'Sicherung besonderer sozialer Bedarf' gem. § 83 GO NRW zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen

Zum Beschlusspunkt 1:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- Jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0501	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Kommunaler Anteil)			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2010	1.320.000	

Deckung:

- a) Mehrerträge in der Produktgruppe 0501 'Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Kommunaler Anteil)', Zeile 6 'Kostenerstattungen und Kostenumlagen', in Höhe von 288.810 €.
- b) Mehrerträge in der Produktgruppe 1601 'Allgemeine Finanzwirtschaft', Zeile 01 'Steuern und ähnliche Abgaben' (Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer) in Höhe von 1.031.190 €.

Zum Beschlusspunkt 2:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- Jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts (ohne SGB II)			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2010	1.577.000	

Deckung:

Minderaufwendungen in der Produktgruppe 1601 'Allgemeine Finanzwirtschaft', Zeile 20 'Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen' in Höhe von 827.000 € und Mehrerträge in der Produktgruppe 1601 'Allgemeine Finanzwirtschaft', Zeile 01 'Steuern und ähnliche Abgaben' (Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer) in Höhe von 750.000 €.

Zum Beschlusspunkt 3:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- Jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2010	1.284.000	

Deckung:

Minderaufwendungen in der Produktgruppe 1601 'Allgemeine Finanzwirtschaft', Zeile 20 'Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen' in Höhe von 1.284.000 €.

**Punkt 13.2 der Tagesordnung
V/0841/2010****Überplanmäßige Mittelbereitstellung im Produktbereich 06 "Kinder-, Jugend- und Familienhilfe"**

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Aufgrund der Entwicklung der Aufwendungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung wird der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 2,0 Mio EUR in der Produktgruppe 0605 'Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien' gemäß § 83 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zugestimmt.

II. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- Jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0605	Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien	2010	2,0 Mio	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:					

Deckung

Mehrerträge in der Produktgruppe 1601 'Allgemeine Finanzwirtschaft', Zeile 01 'Steuern und ähnliche Abgaben' (Gewerbsteuer) in Höhe von 2,0 Mio EUR.“

Punkt 14 der Tagesordnung**Bauleitplanung****Punkt 14.1 der Tagesordnung****Stadtbezirk Münster-Mitte****Punkt 14.1.1 der Tagesordnung
V/0717/2010**

1. **Bebauungsplan Nr. 537: Bonhoefferstraße / Kappenberger Damm / Franz-Hitze-Straße / Weseler Straße / Buckstraße / Mierendorffstraße**
Beschluss zur Aufstellung
2. **Erlass der Veränderungssperre Nr. 101 für den Bereich Bonhoefferstraße / Kappenberger Damm / Franz-Hitze-Straße / Weseler Straße / Buckstraße / Mierendorffstraße**

Herr **Pfau** nahm gemäß § 31 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Für den Bereich zwischen Bonhoefferstraße, Kappenberger Damm, Franz-Hitze-Straße, Weseler Straße, Buckstraße und Mierendorffstraße ist gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch ein Bebauungsplan u. a. zur Festsetzung von Art und Maß der baulichen Nutzung, der überbaubaren Grundstücksflächen und der Verkehrsflächen aufzustellen.

Innerhalb dieses Gebietes liegen die folgenden Grundstücke:

Gemarkung Münster:

Flur 200: Teil des Flurstücks 600;

Flur 210: Flurstücke 254, 274, 367, 381, 388, 389, Teile der Flurstücke 366, 383, 392;

Flur 211: Flurstücke 191, 195, 410, 444, 448, 450, 483, 486, 505, 579, 580, Teil des Flurstücks 532;

Flur 213: Flurstücke 207 - 220, 225, 232 - 234, 239, 242, 250 - 252, 258 - 261, 273, 274, 276, 277, 377, 478 – 485; Teile der Flurstücke 757, 761

2. Die anliegende

S a t z u n g

der Stadt Münster über die Veränderungssperre Nr. 101 für den Bereich
Bonhoefferstraße / Kappenberger Damm / Franz-Hitze-Straße / Weseler Straße /
Buckstraße / Mierendorffstraße

(Anlage der Vorlage = Anlage 1 der Originalniederschrift) wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch die Beschlüsse zur Aufstellung des Bebauungsplanes und zum Erlass der Veränderungssperre keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.“

Punkt 14.2 der Tagesordnung

Stadtbezirk Münster-West

**Punkt 14.2.1 der Tagesordnung
V/0684/2010**

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 318:
Mecklenbeck - Fritz-Stricker-Straße / GAD-Straße
Beschluss zur Änderung**

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Der Bebauungsplan Nr. 318: Mecklenbeck – Fritz-Stricker-Straße / GAD-Straße ist gemäß §§ 2 (1) und 1 (8) Baugesetzbuch zu ändern.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.“

**Punkt 14.2.2 der Tagesordnung
V/0715/2010**

**Vorhabenbezogene 2. Änderung des Bebauungs-
planes Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe für
den Bereich Waldeyerstraße / Sentruper Höhe (St.-
Theresien-Kirche)
Beschluss zur Änderung**

Der Rat beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung

Der Bebauungsplan Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe ist gemäß §§ 2 (1) und 1 (8) in Verbindung mit § 12 und § 13a Baugesetzbuch im Bereich Waldeyerstraße / Sentruper Höhe (St.-Theresien-Kirche) zur Nachverdichtung und Innenentwicklung zu ändern.

Innerhalb des Änderungsbereiches liegt das folgende Grundstück:
Gemarkung Münster, Flur 34, Flurstück 262.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch den Beschluss zur Änderung des Bebauungsplanes keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.“

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0801/2010**

**Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und
sonstigen Gremien**

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Folgende Umbesetzungen werden beschlossen:

1. Integrationsrat

von den Piraten

Mitglied			
9.	Marco Langenfeld RH Pascal Powroznik		

2. Werksausschuss der citeq

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
7.	Nicolas James Artley Markus Barenhoff		

3. Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		4.	Hans-Dieter Schulz Friedhelm Schade
12.	Friedhelm Schade Hans-Dieter Schulz		

4. Vergabeausschuss

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
5.	RF Marianne Koch RF Maria Winkel		

5. Aufsichtsrat Wirtschaftsförderung

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
8.	Svenja Schulze Friedhelm Schade		

6. Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien

von der CDU-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		2.	RH Dieter von den Berg Silvia Welp

7. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

von der CDU-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		2.	RH Josef Rickfelder RH Robert Otte“

Punkt 16 der Tagesordnung	Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates (sofortige Beschlussfassung)
----------------------------------	--

Punkt 16.1 der Tagesordnung A-R/0072/2010	Münster als erste Wahl - Erstwohnsitz bringt Heimvorteil
--	---

Frau **Möllemann-Appelhoff** stellte für die FDP-Fraktion folgenden Antrag zur sofortigen Beschlussfassung und begründete diesen:

„FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0072/2010
vom 02.11.2010

Antrag

Münster als erste Wahl - Erstwohnsitz bringt Heimvorteil

Der Rat möge beschließen:

Zusammen mit der Universität und den Fachhochschulen in Münster erarbeitet die Verwaltung ein Konzept für eine Werbekampagne 'Erstwohnsitz bringt Heimvorteil'. Sie soll die Studierenden mit Nebenwohnsitz in Münster motivieren, hier ihren Erstwohnsitz zu nehmen. Sämtliche Anforderungen des Datenschutzes sind dabei zu beachten.“

Nach kurzer Diskussion stellte Herr **Dr. Kornblum**, den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag in die Haushaltsberatungen - unter Einbeziehung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften - einzubringen.

Frau **Möllemann-Appelhoff** erhob Gegenrede.

Der Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag in die Haushaltsberatungen - unter Einbeziehung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften - einzubringen, wurde mit Mehrheit (OB, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE., UWG/ÖDP) bei Gegenstimmen (FDP, DIE LINKE., Herr Powroznik) angenommen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wurde an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften verwiesen.

Punkt 16.2 der Tagesordnung A-R/0076/2010	Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
--	---

Herr **Joks** stellte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE., die Ratsgruppe UWG/ÖDP, Ratsherrn Powroznik folgenden Antrag zur sofortigen Beschlussfassung und begründete diesen:

„Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL,
CDU-Fraktion,
SPD-Fraktion,
Fraktion DIE LINKE.,
Ratsgruppe UWG/ÖDP,
Ratsherr Powroznik
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0076/2010

Antrag

Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Der Rat möge beschließen:

In Übereinstimmung mit den Positionen des deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wird die als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügte Resolution zur Zukunft der kommunalen Abfallwirtschaft in Deutschland beschlossen (Anlage 2 der Originalniederschrift). Der Rat der Stadt fordert alle örtlichen Bundestagsabgeordneten auf, sich im Gesetzgebungsverfahren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für eine Stärkung der kommunalen Abfallentsorgung einzusetzen.“

Der Antrag/die Resolution wurde einstimmig beschlossen.

Punkt 17 der Tagesordnung	Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates (Verweisung an den Hauptausschuss)
----------------------------------	--

Punkt 17.1 der Tagesordnung A-R/0073/2010	Steueroptimierung und Bilanzpolitik zur Haushalts-Konsolidierung nutzen!
--	---

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0073/2010
vom 28.10.2010

Antrag

Steueroptimierung und Bilanzpolitik zur Haushalts-Konsolidierung nutzen!

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

I.
Die Verwaltung wird beauftragt, steuerliche und bilanzpolitische Gestaltungspotentiale im städtischen Beteiligungsverband zu identifizieren und dem Rat entsprechende

Konsolidierungsvorschläge im Hinblick auf die Konzernbilanz zu machen. Erforderlichenfalls ist externer Sachverstand hinzu zu ziehen.

II.

Dabei sollen auch die Möglichkeiten einer Veränderung in der Beteiligungsstruktur untersucht und hinsichtlich der Vor- und Nachteile dargestellt werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf mögliche Investitionen in die Westfälischer Zoologischer Garten Münster GmbH oder in die Halle Münsterland GmbH.

Kosten:

Bei Beauftragung externer Gutachter: Zusätzliche unter(haushalts)jährige Belastung in Höhe von ca. 10.000,- €. Gegenfinanzierung: Minderaufwendungen in der Produktgruppe 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, Zeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.“

Punkt 18 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

gez.
Markus Lewe
Vorsitz

gez.
Jürgen Kupferschmidt
Schriftführung